

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/65
5. April 1971

Schleswig-Holstein-Wahl immer bedeutungs-
voller

Landes- und bundespolitisches Gewicht
erster Ordnung

Von Joachim Steffen MdL
SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-
Holstein und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Seite 1 bis 3 / 74 Zeilen

Zuckerkrankte nicht mehr erwerbsunfähig

Zum Weltgesundheitsorganisations-Leitwort
für 1971

Von Dr. med Hans Bardens MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend/Familie/Gesundheit und Vorsitzen-
der der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokra-
tischer Ärzte

Seite 4 / 37 Zeilen

Übereinstimmung in den Zielen

Zum Bonn-Besuch des italienischen Minister-
präsidenten

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Schleswig-Holstein-Wahl immer bedeutungsvoller

Landes- und bundespolitisches Gewicht erster Ordnung

Von Joachim Steffen MdL

SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und

Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Die Wahlen in Rheinland-Pfalz haben bewiesen, daß sich sozialdemokratische Politik, die sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen - der abhängig Beschäftigten - orientiert, in Wählerstimmen auszahlt. Und es wurde bewiesen, daß die Ablehnung der Bonner Entspannungs- und Reformpolitik durch die CDU nur bei früheren NPD-Anhängern honoriert wird, und daß die FDP in der Koalition mit einer reformfeindlichen Politik ihre liberale Glaubwürdigkeit verliert. Wilhelm Dröscher hatte einen beachtlichen Erfolg zu verzeichnen.

Bei den anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein gilt es für die SPD, diesen Erfolg zu wiederholen und ihn durch die Abwahl der jetzigen konservativen und reformfeindlichen CDU-Landesregierung zu krönen. Die offene Sprache der Sozialdemokraten hat ihnen in diesem Lande einen ständigen Stimmenzuwachs gebracht, der die Differenz zur Regierungspartei bei der Kommunalwahl 1970 auf 27.438 Stimmen oder 1,9 vH. zusammenschumpfen ließ. Nach neuesten Umfragen der Landesregierung betrug der Abstand drei Monate vor dem Wahltag nicht einmal mehr eins vH. Die FDP hat sich von einer deutschnationalen in eine liberal-progressive Partei gemausert und strebt die Koalition mit der SPD an. Die ehemaligen NPD-Wähler werden von der CDU aufgesogen, ohne daß die Abwanderung insbesondere landwirtschaftlicher Stammwähler dadurch absorbiert werden kann.

Das Wahlziel der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein ist die Übernahme der Landesregierung und damit die Aufhebung der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat. Ein Sieg der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein wird nicht nur die Weichen in dem Bundesland

mit den niedrigsten Wohlstandszahlen in Richtung auf gesellschaftliche Reformen stellen, sondern auch die letzte bundespolitische Blockadebastion der CDU/CSU gegen die Reform- und Entspannungspolitik der Bundesregierung beseitigen.

Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein erleben zur Zeit den stärksten und infamsten Propagandafeldzug von CDU und Springer-Presse, die den sozialdemokratischen Programmen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Jahrelange wissenschaftliche Beratung hat die SPD instandgesetzt, ein quantifiziertes Programm vorzulegen, mit dessen Verwirklichung am Tag nach der Wahl begonnen werden kann. Wirtschaftliche Entwicklung und Aus- und Fortbildungsförderung werden darin als Einheit begriffen, Berufsausbildung und Umschulung als gesellschaftliche Aufgaben anerkannt. Zehn integrierte Gesamtschulen und drei Gesamthochschulen, die Einrichtung des klassenlosen Krankenhauses, die Mitbestimmung in kommunalen Betrieben und Mieterbeiräte in kommunalen Wohnungseinrichtungen sind vorgesehen. Bis 1980 sollen 90.000 neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

Die landespolitischen Versäumnisse einer 20jährigen CDU-Herrschaft in Schleswig-Holstein sind politisch unverantwortlich. So liegt der Wohlstand - gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner - um 17,5 vH. unter dem Bundesdurchschnitt. Nur 74 Beschäftigte im Land zwischen Nord- und Ostsee arbeiten in der Industrie (im Bundesdurchschnitt

sind es 140!), davon wiederum fast die Hälfte in schrumpfenden Branchen. Während die Bundesregierung Erhard 1965/66 gerade 4.000 Arbeitsplätze mit Bundesmitteln förderte, sind es heute unter Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller 13.000 Arbeitsplätze. Und während Bundesminister Leber 255 Millionen DM in vier Jahren für den Bundesfernstraßenbau in Schleswig-Holstein bereitstellte, waren es in 17 Jahren unter CDU-Verkehrsministern ganze zwei Millionen DM gewesen.

Die Bauinvestitionen für das Bildungswesen liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Das Land hat keine Gesamtschulen, aber die zweithöchste Zahl an Kleinstschulen mit einer bis vier Klassen, und eine der niedrigsten Abiturienten- und Studentenquoten. Auf hundert Krankenhauspatienten stehen 5,2 Betten zur Verfügung - zwei weniger als im Bundesdurchschnitt. Und nur jedes siebente Kind findet einen Kindergartenplatz (im Bund dagegen jedes vierte).

Fehlplanungen und Versäumnisse charakterisieren die Regierungen von Hassel und Lemke. Die arbeitenden Menschen des Landes Schleswig-Holsteins können die Hilfe der Bundesregierung und der nordwestdeutschen Nachbarn erwarten. Sie werden am 25. April 1971 die Grundlagen schaffen für eine sozialdemokratische Landesregierung: Damit auch in Kiel endlich gehandelt wird! (-/ee/5.4.1971/bgy)

+ + +

Zuckerkrankte nicht mehr erwerbsunfähig

Zum Weltgesundheitsorganisations-Leitwort für 1971

Von Dr. med. Hans Bardens MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit
und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte

Die Weltgesundheitsorganisation hat als Motto für das Jahr 1971 die Aussage gewählt: "Lebenstüchtig auch mit Diabetes". Daß dieser Satz heute so ausgesprochen werden kann, hat seine erregende Vorgeschichte.

Bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts gab es keine Möglichkeit, dem Zuckerkranken zu helfen; in den meisten Fällen führte die Krankheit rasch zum Tode. Das änderte sich erst, nachdem Banting und Best im Jahre 1921 das Insulin entdeckt hatten, ein Hormon, das beim gesunden Menschen zusammen mit anderen Substanzen den Zuckerstoffwechsel steuert und das im Körper der meisten Zuckerkranken in zu geringer Menge oder fast gar nicht produziert wird. Mit Hilfe des Insulins konnten die meisten Zuckerkranken erfolgreich behandelt werden.

In den folgenden Jahren wurden die Untersuchungs- und Behandlungsverfahren weiter entwickelt, bis uns schließlich die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zwei wichtige neue Erkenntnisse brachte. Eine neue Substanzgruppe wurde entdeckt, die, in Tablettenform eingenommen, allein oder in Verbindung mit Insulin ermöglicht, praktisch alle Fälle von Zuckerkrankheit erfolgreich zu behandeln. Außerdem konnte beobachtet werden, daß während der Zeit knapper Ernährung nach dem Krieg die Zahl der manifesten Diabeteserkrankungen zurückging und die Kranken mit geringeren Insulinmengen auskamen. Heute wissen wir, daß Überernährung und Bewegungsmangel die Neigung zum Diabetes und die Schwere der Erkrankung fördern. Wir wissen, daß ein Diabetes umso leichter zu beherrschen ist, je früher er erkannt wurde. Die Früherkennung der Zuckerkrankheit ist technisch einfacher und billiger als die Früherkennung jeder anderen Krankheit.

Die Zuckerkrankheit ist heute zu einer Art "Volksseuche" geworden: rund zwei vH. unserer Bevölkerung leiden an einem manifesten Diabetes. Aber die Krankheit verliert ihre Schrecken, wenn die Menschen sich vernünftig verhalten. Das heißt: regelmäßige Untersuchung, körperliche Betätigung und mäßige (nicht asketische) Lebensweise.

Heute muß kein Zuckerkranker wegen seiner Krankheit erwerbsunfähig werden. Die Krankheit muß nicht mehr lebensverkürzend wirken. Heute gilt: "Lebenstüchtig, auch mit Diabetes".

(~/ee/5.4.1971/ks)

- + +

Übereintimmung in den Zielen

Zum Bonn-Besuch des italienischen Ministerpräsidenten

Auf den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien liegen keine Schatten, sie sind problemlos. Es besteht ein Harmonieverhältnis, das sich im Laufe der Jahre immer mehr verdichtete und das Prädikat Freundschaft zu recht verdient. Beide Staaten betreiben eine aktive Friedenspolitik, beide Staaten arbeiten im Rahmen des Atlantischen Bündnisses eng zusammen und beide Staaten eint der Wille, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu vertiefen und durch den Beitritt beitrtrittswilliger Staaten zu erweitern.

Die Routine-Begegnungen zwischen deutschen und italienischen Staatsmännern entbehren des Charakters des Sensationellen. Der italienische Ministerpräsident Emilio Colombo und sein Außenminister Aldo Moro fanden in Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel aufmerksame und kooperative Gesprächspartner, und das galt auch umgekehrt. Das zweitägige Bonn-Treffen ergab eine fast fugenlose Übereinstimmung in den angestrebten und zu erreichenden Zielen, auch darüber, das Los der italienischen Gastarbeiter dort, wo es geboten erscheint, zu verbessern. Hier liegt einiges im argen und hier wird auch manches geschehen. Jede Art von Diskriminierung, wo immer sie auch geschieht, widerspricht dem europäischen Geist, ist unvereinbar mit der Entwicklung des nicht-kommunistischen Europas zu einer größeren, vom Geist der Freiheit, der Demokratie und der Toleranz erfüllten Einheit.

Emilio Colombo und Aldo Moro sind hervorragende Führer der italienischen Christdemokraten, einer Partei, die seit

Kriegsende maßgeblich die Geschicke Italiens mitbestimmt hat und selbst manchen Verwandlungen unterworfen war. Beide Staatsmänner bekundeten wiederholt, unüberhörbar und uneingeschränkt ihre volle Sympathie und Unterstützung für die von der sozialliberalen Koalition aktivierte Ostpolitik der Bundesrepublik, weil sie, fußend auf der atlantischen Solidarität, die Entspannung anstrebt und ein unerläßlicher Bestandteil gesicherter Friedenspolitik ist. Sie erblicken im Gelingen der Bonner Politik eine kardinale Voraussetzung für eine wirkliche Wiederannäherung mit dem Osten, für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen West und Ost und für eine Sicherheit, in deren Rahmen die Lösung schwieriger internationaler Probleme leichter gefunden werden kann.

Der Unterschied in europäischen Zielsetzungen zwischen den italienischen Christdemokraten und den westdeutschen Unionsparteien läßt sich nicht leugnen, er tritt hier offen und unverhüllt zu Tage. Für die Unionsparteien ist die von Brandt und Scheel gegen ihren Widerstand initiierte und durchgeführte deutsche Ostpolitik eine Preisgabe deutscher Interessen und eine Gefährdung Europas, für die italienischen Christdemokraten aber stellt sie sich als einen Weg dar, auf dem Druck und Furcht von Europa und seinen Völkern genommen und eine bessere Organisation des heute gefährdeten Friedens ermöglicht werden kann.

Ein Hauch von Provinzlerium liegt über den beiden Unionsparteien. Sie sind drauf und dran, in ihrer Verblendung sich selbst von Europa und den es vorwärtstreibenden, gestaltenden Kräften zu isolieren. (ex/ex/5.4.1971/bgy)